

Mit den Taliban reden

Manchmal ist es auch wichtig, wer etwas sagt. Als der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann Ende November im Rundfunk eine Wende im Afghanistan-Engagement einforderte, haben das weder Politik noch Medien aufgegriffen. Einen Monat später hat Bischöfin Margot Käßmann in einer Neujahrspredigt in der Dresdner Frauenkirche im Grunde dasselbe gesagt. Das ging durch die gesamte Presse, und viele Politiker meldeten sich zu Wort. Der Verteidigungsminister lud sie zu einem Gespräch ein, das inzwischen stattgefunden hat. Beider Standpunkte haben sich kaum verändert, doch das Gespräch soll fortgesetzt werden.

Einfache Lösungen gibt es nicht. Ein schneller Abzug aller Soldaten wäre verantwortungslos. Dabei denke ich weniger an die Gefahr, dass Terroristen ein Gebiet zur Ausbildung von Attentätern überlassen würde als an die einheimische Bevölkerung. Sie geriete unter die Herrschaft von Leuten, die Mädchen die Schulbildung verwehrten so-

wie Frauen zur Verschleierung zwängen und vom öffentlichen Leben weithin ausschlossen, von barbarischen Strafen wie Handabhacken

– von Dieben gar nicht zu reden. Anderer-

seits wird immer deutlicher, dass ein militärischer Sieg gegen die in einem unwegsamen Land agierenden Taliban nicht möglich ist. Eine Verstärkung des Militärs, wie die USA sie offenbar von der in den nächsten Tagen beginnenden internationalen Afghanistan-Konferenz erwarten, würde das Problem nicht lösen.

Wahrscheinlich hat sich die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Jahren über die tatsächliche Situation im Lande getäuscht. Es handelt sich, anders als im Irak, um einen von der UNO gebilligten Einsatz. Er sollte verhindern, dass Afghanistan

Ausgangspunkt von Terrorschlägen bleibt. Das mag sogar weithin gelungen sein. Aber diese Rolle haben nun Randregionen

GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

in Pakistan und im Jemen übernommen. Lange Zeit schien es, als sei das Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden ruhiger als andere Landesteile, weil die Deutschen mehr Wert auf zivile Aufbauprojekte legten. Doch inzwischen scheinen die Soldaten hauptsächlich damit beschäftigt zu sein, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Manche Entwicklungshelfer lehnen Militärschutz sogar ab, weil sie fürchten, dass die Anwesenheit von Soldaten ihren Einsatz gefährlicher macht.

Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland von 2007 lehnt militärischen

Einsatz durch die UNO nicht generell ab, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Sie betont den Vorrang ziviler Einsätze und hält es für notwendig, vor jeder

militärischen Intervention deren Ziel genau zu bestimmen.

Die bevorstehende Afghanistankonferenz wäre gut beraten, wenn sie solche Ziele klar formulierte. Die Errichtung einer Demokratie nach westlichem Muster sollte nicht dazu gehören. Das wäre genau so unrealistisch wie die Beseitigung von Korruption und die Vernichtung von Mohnfeldern, die der Opiumgewinnung dienen. Minimales Ziel könnte der Aufbau ziviler Strukturen einschließlich Polizei sein. Bis dahin halte ich die Anwesenheit von Militär für erforderlich.

Unbedingt nötig ist es, mit den

Taliban ins Gespräch zu kommen. Das kostet Überwindung angesichts ihrer Ziele und ihres Verhaltens. Doch da wir sie weder vernichten können noch wollen, müssen sie in die Zukunftsplanung einbezogen werden.

Ein Untersuchungsausschuss des Bundestages soll bis Ende des Jahres herausfinden, wie es im September zu dem Einsatz bei Kundus gekommen ist, als beim Angriff auf Tankwagen 142 Personen starben. Gegenstand der Untersuchung ist ferner die Informationspolitik der Bundesregierung, die zum Rücktritt eines Ministers und zur Entlassung hoher Beamter führte. Ich fürchte, dass der Aufwand in keinem guten Verhältnis zum Ergebnis stehen wird, zumal die Parteien bemüht sein werden, alle Schuld den jeweils anderen zuzuschreiben.

▪ Leopold Esselbach

*

Der Autor ist evangelischer Generalsuperintendent im Ruhestand. Er lebt in Neuruppin.

23.01.010 RA